

Wiesbadener Tagblatt

Druck und Verlag:
H. Schellberg, Verlagsbuchhandlung, „Tagblatt-Druck“.
Hauptredaktion: Postfach 10, Wiesbaden.
Telefon: 10. Preis: 10 Pf. pro Exemplar.

Wöchentlich
mit einer täglichen



6 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Ercheinungszeit:
Mittwoch nachmittags.
Verkaufspreis: 6 Pf. pro Exemplar, außer Sonntags-
beilage 10 Pf. pro Exemplar.

Bezugspreis: Für eine Ausgabe von 2 Wochen 12 Pf., für einen Monat 24 Pf., für ein Semester 120 Pf., für ein Jahr 240 Pf. (einschließlich Post). — Einzelhefte 10 Pf. — Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Ausgabebeileger, die Zeitungs- und alle Verlagsstellen. — In allen Ländern, wo der Vertrieb der Zeitungen durch den Postdienst erfolgt, ist der Postdienst zu bezeichnen.

Abbestellung: Der Abonnent hat die 10. Nummer des Monats zu bezeichnen. — Der Abonnent hat die 10. Nummer des Monats zu bezeichnen. — Der Abonnent hat die 10. Nummer des Monats zu bezeichnen.

Nr. 8.

Montag, 11. Januar 1937.

85. Jahrgang.

Verbrechen gegen die Sicherheit Europas.

Frankreich sabotiert die deutsche Friedenspolitik.

Es will Spanisch-Marokko einstecken und die Roten offen unterstützen. — Der Lügenfeldzug gegen Deutschland als Dedungsmanöver.

Ungeheuerlichkeiten.

Die deutsche Note zur Freiwilligen-Frage war so wohl in London wie in Paris gütigst aufgenommen worden, wie wir berichteten. Man sprach daraufhin allgemein von einer Entspannung der internationalen Lage und man erörterte in London bereits die Möglichkeit, wie man die günstige Entwicklung weiter fördern könne. London hat auch ganz außerordentlich prompt auf die Note Deutschlands und Italiens geantwortet, in dem Bestreben, möglichst rasch eine Einigung zu erzielen. Das ist den jüdisch-bolschewistischen Kreisen, deren ganzes Streben auf die Störung von Unfrieden und die Erzeugung von Spannungen gerichtet ist, ebenso wie ihren bürgerlichen Helfern und Mistbüchern gegen den Strich gegangen. So ist ein neuer Lügenfeldzug entfesselt worden, der die deutsche Friedenspolitik sabotieren soll. Da die Lügen über deutsche Truppen in Spanien nicht mehr recht aushalten, so polniert die französische Presse jetzt in die Welt hinaus, deutsche Truppen seien in Spanisch-Marokko gelandet. Je nach der Phantasie geht es dann weiter, daß die dortigen Eisenposten von Deutschland sichern sollten, oder aber, daß von dort aus Spanisch-Marokko erobert werden soll. In der, an der Meerenge von Gibraltar gelegenen Hafenstadt Ceuta, so wird dann weiter gelogen, würden deutsche Langrohrgeschütze eingebaut, die den Schiffsverkehr beherrschen sollten. Mit dieser letzten Lüge hofft man wohl vor allem in England Einbruch machen zu können. Tatsächlich haben auch englische Zeitungen prompt den Schwindel übernommen und ihren Lesern mit Karten- und Bildern über die angeblichen deutschen Pläne berichtet. Daß das zum Teil die gleichen illustrierten englischen Blätter sind, die ihren Lesern eben erst erzählt hatten, Deutschland sei an der Spitze in England und schuld, denn diese Grippe sei nur ein Produkt des „unterernährten“ Deutschlands, sei nur nebenbei bemerkt. Jedenfalls traut man also dem „unterernährten“ Deutschland noch alles an. Dann ist der Ball den amerikanischen Blättern zugepflegt worden und alle diese Pressestimmen werden nun in Frankreich wieder mit Wohlgefallen zitiert. Zugleich werden französische Schiffe bei den nationalspanischen Behörden in Marokko gemeldet, deren Ziel und Zweck ist, die nationalspanischen Stellen an die alten Marokkoverträge zu erinnern, die die Landung und Betretung fremder Truppen in Marokko verbietet. Man geht noch einen Schritt weiter und kündigt große französische Flottenmanöver in der Straße von Gibraltar an und gibt sich den Anschein, als ob auch die geplanten englischen Manöver

in der gleichen Gegend, wie sie die englische Flotte alljährlich in diesen Gewässern Mitte Januar veranstaltet, in Zusammenhang mit der „neuen Lüge“ ständen. Gerade die geplanten französischen Flottenmanöver lassen nun aber klar den Zweck des neuen Lügen- und Heßfeldzuges erkennen. Es geht den spanischen Bolschewisten recht schlecht. Die spanischen Nationaltruppen konnten in den letzten Tagen sehr erhebliche Erfolge erringen. Für die roten Kräfte hingegen heißt die Lösung immer wieder: Rückwärts! Es ist klar, daß eine solche Kriegslage, zumal die Roten in den letzten Kämpfen schwere Verluste erlitten haben, nicht gerade geeignet ist, die Begeisterung der roten Freiwilligen, die sich den Krieg überhaupt zum Teil sehr anders vorgestellt hatten, zu heben. Aus diesem Grunde denkt Frankreich, um einen völligen Zusammenbruch der roten Front zu verhindern, an ein offenes militärisches Eingreifen zugunsten der Roten. Vielleicht scheut man noch davor zurück, Truppen in Spanien einmarschieren zu lassen und so ist man offenbar auf den Gedanken verfallen, daß man die Roten recht gut unterstützen kann, wenn man gegen Spanisch-Marokko vorgeht, dessen Bedeutung für die nationalspanische Regierung als wichtige Basis und Nachschubstelle bekannt ist. In französischen Rechts-

kreisen verlautet auch, wie das DNB aus Paris berichtet, daß vom französischen Generalstab geheime Pläne ausgearbeitet wurden, deren Ziel die Eroberung Spanisch-Marokkos ist. Damit könnte man logischerweise zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich die Roten unterstützen und den eigenen Kolonialheißhunger befriedigen. Die Voraussetzung hierfür zu schaffen, schiebt man Deutschland nach der bewährten Methode: Halte den Dieb! Ab! Die französische Regierung geschaffen und die Welt auf den Sündenbock Deutschland hingewiesen werden, wenn Frankreich sich zu Hilfsmagnahmen für die Roten und zum Vorgehen gegen Spanisch-Marokko entschließt. Das ist der Sinn und Zweck des neuen französischen Lügen- und Heßfeldzuges.

Der französische „Protest“ in Tetuan.

London, 11. Jan. (Zuntmeldung.) Der französische Konsul in Tetuan, in Spanisch-Marokko, lachte am Sonntag den spanischen Oberkommissar in Tetuan aus, um den von der französischen Presse so lärmend angekündigten „Protest“ vorzu-

Feierliche Neujahrsempfänge beim Führer.

(Zweite Zuntmeldung.)

Berlin, 11. Jan. (Zweite Zuntmeldung.) Die, wie bereits im Vorjahr, mit Rücksicht auf die Feiertagsruhe des Weihnachts- und Neujahrstages später gehaltenen traditionellen Neujahrsempfänge fanden heute im „Saale des Reichspräsidenten“, in der üblichen Weise statt.

Zunächst, um 11 Uhr, empfing der Führer und Reichstagspräsident als

die Vertreter der Wehrmacht

den Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg, den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Frhr. v. Fritsch, den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Dr. h. c. Raeder und den Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Göring. Im Ehrenhof des „Saales des Reichspräsidenten“ war eine Ehrenkompanie des Heeres mit Musik aufgezogen, die bei der Ankunft der Oberbefehlshaber Ehrenbezeugungen erwiderte. Der Reichskriegsminister brachte in kurzer Ansprache dem Führer und Obersten Befehlshaber die Glückwünsche der Wehrmacht zum Ausdruck,

die der Führer dem Generalfeldmarschall und jedem d. Oberbefehlshaber gegenüber erwiderte. Nach dem Empfang, schritten der Generalfeldmarschall und die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile gemeinsam die Front der Ehrenkompanie ab, wobei die Musik den Präsentiermarsch spielte.

Unmittelbar nachher empfing der Führer den Oberbürgermeister, Stadtpresidenten von Berlin, Dr. Lippert, der ihm die Glückwünsche der Bevölkerung der Reichshauptstadt ausbrachte, die der Führer sowohl dem neuernannten Oberbürgermeister und Stadtpresidenten gegenüber, als auch für die Reichshauptstadt mit guten Wünschen erwiderte. Hieraus erschienen in ihrer alten Tracht die Hallartier, die Abordnung der „Salzwirler-Bruderschaft in Thale zu Halle“, die dem Reichsoberhaupt in der herkömmlichen Weise Salz, Schlachtwurst und ein Glückwunschkästchen, den sogenannten Neujahrswortchen, überbrachten.

Die Glückwünsche der Partei wurden dem Führer, bereits bei früherer Gelegenheit vom dem Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, überbracht. Es folgte dann um 12 Uhr der feierliche Neujahrsempfang des

Diplomatischen Korps.

Bei der Ankunft der fremden Missionen erwies die Ehrenkompanie militärische Ehrenbezeugungen durch Präsentieren, wobei die Musik beim Eintreten der Botschafter den Präsentiermarsch spielte, während für die Gesandten und die Geschäftsträger des Spiel geführt wurde. Zu diesem Staatsakt, der wie alljährlich im großen Saal des „Saales des Reichspräsidenten“ stattfand, waren sämtliche 33 in Berlin beglaubigten fremden Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger erschienen, um dem Führer ihre und ihrer Staaten Glückwünsche zum Jahreswechsel auszusprechen und die Wünsche des Führers und Reichstagspräsidenten des Deutschen Reiches für ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker entgegenzunehmen. Der Führer betrat um 12 Uhr den Saal, in dem das Diplomatische Korps bereits Aufstellung genommen hatte.

Da der Dogen des Diplomatischen Korps, der Apostolische Nuntius, nur Zeit erlaubte, sich als Wortführer des Diplomatischen Korps in seiner Eigenschaft als ranghöchster Missionen

Der Botschafter Frankreichs, Herr François-Poncet,

an den Deutschen Reichstagspräsidenten eine Ansprache, deren Übersetzung wie folgt lautet:
„An Stelle Seiner Exzellenz des Apostolischen Nuntius, der durch Krankheit zu Hause festgehalten ist und dem wir

Unaufhaltbares Vordringen der nationalen Truppen vor Madrid.

Ein neues wichtiges Ziel erreicht.

Mobilisierung der „wehrfähigen“ Frauen.

Salamanca, 11. Jan. (Rom Sonderberichterstatter des DNB.) Am Sonntag hellten an der Roburder Front die nationalen Streitkräfte, die von der nach La Coruna führenden Landstraße über Caste de las Perdes hinaus vordringen, zum erstenmal die Verbindung mit den in der Universitätsstadt liegenden nationalen Truppenkreisen her. Hiermit ist ein großes Ziel erreicht. Die nationalen Streitkräfte in der Universitätsstadt, auf denen wohlwollend das heilige Feuer der Bolschewisten lag, sind jetzt um mehrere Kilometer nach dem Norden und Nordwesten vorgerückt.

Die Artillerie und die Luftwaffe haben auch am Sonntag die Operationen der nationalen Infanterie hervorragend unterstützt. Nach Befehlungen nationaler Beobachtungspostler schreitet die Räumung der Orte Escorial und Guadarrama durch die Roten fort.

Bezeichnend für die Lage und die Verfassung der Bolsche-

wisten in Madrid ist ein Aufruf des Leiters des sogenannten bolschewistischen Verteidigungsausschusses. Darin werden alle „wehrfähigen“ Frauen (!) zur Teilnahme an den Kämpfen aufgefordert. In dem Aufruf wird ferner erklärt, daß die Angehörigen der roten Willigen „sollten“ verantwortlich gemacht werden, wenn die „zudem“ (!).

Roter Häuptling wollte sich ergeben.

Paris, 11. Jan. (Zuntmeldung.) Aus Afrika verlautet, daß der Häuptling der roten Streitkräfte im Gebiet von Escorial, Mangaba, seine Sache verloren gibt. Er habe sich ergeben wollen, wenn ihm sein Leben garantiert würde. Auf diesen Vorschlag habe aber der Kommandierende der nationalen Streitkräfte geantwortet: „Bedingungen werden gegenwärtig nur von uns gestellt.“

Auf der „Dau“ steht, daß nach dem heftigen Vorgehen der nationalen Truppen sich bei den Roten immer stärker die Neigung zeige, Madrid anzugehen.

Frankreich vom Kommunismus bedroht.

Vor der Bildung eines Sowjetstaates im Süden des Landes. — Die roten Gewalttäter reihen die Macht an sich.

Lebhafte Beunruhigung in den Rechtskreisen.

Paris, 10. Jan. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Bergaun ist die Staatsgewalt den Händen der Behörden entglitten und praktisch auf die irdischen kommunistischen Gewalttäter übergegangen. Eine Regierungskontrolle wird nicht mehr ausgeübt. Ähnliche Verhältnisse bahnen sich in ganz Südfrankreich an. Dank dieses Sowjetsystems sind die Lieferungen an die spanischen Fronten ständig im Nachteil begriffen, und auch die Zahl der Freiwilligen, die ins rote Spanien reisen, nimmt täglich zu. Von französischer Seite wird keine Grenzkontrolle nach Spanien mehr ausgeübt. Sie liegt stattdessen in den Händen der roten spanischen Grenzbehörden, die die Grenzen nach Frankreich hermetisch schließen, während sie für alle Art französischer Lieferungen nach Spanien offen stehen.

In französischen Rechtskreisen herrscht lebhafteste Beunruhigung über diese Entwicklung, auf die seit Monaten fortgesetzt in der Presse hingewiesen wurde und für die die Rechtskreise umfangreiches, unüberlegbares Beweismaterial ständig geliefert hat. Die in der Bildung begriffene futuristische kommunistische Republik mit dem Zentrum Perpignan wird als eine sehr ernsthafte Bedrohung angesehen; diese Bewegung kann, wenn sie sich weiter ausbreitet und Nachschub in anderen Teilen Frankreichs findet, von den schlimmsten Folgen für den Bestand der französischen Republik sein.

Trozkist-Bronsteins neues Tätigkeitsfeld.

In Mexiko eingetroffen.

Mexiko, 9. Jan. Der bekanntlich wegen seiner gefährlichen Umtriebe aus Norwegen ausgewiesene berühmte bolschewistische Hehler Leo Trozki-Bronstein ist am Samstag in Bord des norwegischen Dampfers „Ruth“ in Tampico eingetroffen. Das Schiff an der Mündung des Tamejic-Flusses, und Kolize und Militär verhindern jede Annäherung. Man nimmt an, daß der alte Bolschewist unter Bewachung in den Vorort Ciudad-Madero an Land gehen wird. Trozki-Bronstein hat von der mexikanischen Regierung Aufenthaltsverläufe erhalten unter der Voraussetzung, daß er sich jeder politischen Betätigung enthalte. Sein künftiger Wohnsitz in Mexiko ist noch nicht bekannt. Im übrigen ist es klar zu bemerken, daß der bolschewistische Hehler in der neuen von ihm begünstigten „Wohlfahrts“-seiner gewohnte jüdische Zerkerungsarbeit ausgeben wird.

Neue englische Initiative in der Nichteinmischungsfrage.

Mitteilung der Londoner Regierung an ihre diplomatischen Vertreter.

Baldige Antwort von Berlin, Paris, Rom, Lissabon und Moskau gefordert.

London, 11. Jan. Die britische Regierung hat ihren Vertretern in Berlin, Paris, Rom, Lissabon und Moskau ein Schriftstück zugestellt, das nähere Anweisungen zur weiteren Behandlung des Nichteinmischungsproblems enthält. Dieses Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

„1. Auf Grund des Inhaltes der nunmehr eingegangenen Antworten auf ihre Mitteilungen an die Regierungen Deutschlands, Italiens, Portugals und der Sowjetunion vom 24. Dezember v. J. ist die britische Regierung glücklich, festzustellen, daß grundsätzlich allgemeine Übereinstimmung über die hauptsächlich betroffenen Mächte darüber herrscht, daß sofortige Maßnahmen getroffen werden sollten, um das Einströmen ausländischer Freiwilliger nach Spanien zu unterbinden. Tatsächlich zeigen einige der Antworten an, daß gewisse Regierungen bereit gewesen sein würden, eine solche Maßnahme zu einem früheren Zeitpunkt zu ergreifen. Es wird nunmehr allgemein verlangt (stipuliert), daß diese Maßnahmen von allen beteiligten Regierungen gleichzeitig ergriffen werden sollte, daß die gesamte Frage der Behandlung der indirekten Formen der Einmischung in Spanien ebenfalls aktiv verfolgt werden, und daß ein zureichendes und wirksames Kontrollsystem eingerichtet werden soll.“

2. Was die Einrichtung eines Kontrollsystems betrifft, so ist es den Regierungen bekannt, daß der Nichteinmischungsausschuß einen detaillierten Plan für die Überwachung in den spanischen Häfen und an den Landgrenzen Spaniens ausgearbeitet hat, und daß dieser Plan gegenwärtig von den zwei Parteien in Spanien erzwungen wird. Der britischen Regierung scheint es, daß dieser Plan ohne Schwierigkeit so erweitert werden könnte, daß er die Einfuhr von Freiwilligen und militärischem Personal sowohl wie von Kriegsmaterial zu Land und zur See in Spanien mit erfährt. Eine solche Ausdehnung könnte in der Tat den Plan für beide Parteien in Spanien annehmbarer machen als dies vielfach in seiner gegenwärtigen begrenzten Form der Fall ist.

3. Die britische Regierung erkennt an, daß dieser Plan, der eine Überwachung vorsieht, nur zu einer befriedigenden Garantie für die wirksame Anwendung des Abkommens gemacht werden kann, wenn alle beteiligten Regierungen bereit sind, loyal und aus vollem Herzen ihre Verpflichtungen dazujzuführen. Sie wird durch die Aufnahme, die ihre frühere Mitteilung gefunden hat, zu dem Glauben ermutigt, daß diese Voraussetzungen in der Tat vorhanden sind, und daß infolgedessen der gegenwärtige Plan des Nichteinmischungsausschusses bei angemessener Anpassung für die ins Auge gefassten Ziele ausreichen könnte. Nichtsdestoweniger stellt sie fest, daß die Regierungen in ihren Antworten in verschiedenen Ausdrücken auf das Fehlen einer strikten Kontrolle über Kriegsmaterialien für Spanien Bezug nehmen. Sie würde dankbar sein, zu erfahren, ob die Regierungen an irgendwelche besonderen Methoden oder Formen der Kontrolle denken, die anders geartet sind als die oben beschriebenen. Sie ist bereit, mit äußerster Dringlichkeit alle Vorschläge zu erwägen, die zu diesem Zwecke vorgebracht werden könnten. Sie würde ebenso jeden detaillierten Vorschlag zur Kontrolle der anderen Form indirekter Einmischung gern erwägen und würde für eine baldige Beantwortung irgendwelcher Vorschläge, durch den Ausschuss, die ihm unterbreitet werden, bereit sein.

4. Inzwischen ist die britische Regierung selber der Ansicht, daß der in den Antworten der anderen Regierungen zum Ausdruck gebrachte allgemeine Wunsch auf Ausschluß ausländischer Freiwilliger und militärischen Personals aus Spanien die sofortige Annahme hierfür erforderlicher Vorkehrungen vorzunehmen durch jede Regierung innerhalb ihres eigenen Gebietes rechtfertigen würde, und zwar selbst vor der Errichtung eines vollständigen Kontrollsystems für Spanien.

5. Zum Beweise ihres aufrichtigen Wunsches, in dieser Frage indirekter Einmischung in Spanien sofort ein internationales Übereinkommen zu erzielen, veröffentlicht die britische Regierung spontan und ohne jede weitere Verzögerung eine amtliche Mitteilung, in der sie die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkt, daß es nach dem Gesetz über die Dienstnahme im Ausland für britische Staatsangehörige ein strafbares Vergehen ist, irgendwelchen Dienst oder irgendwelche Beschäftigung in den Streitkräften beider Seiten anzunehmen oder sich bereit zu erklären, solche anzunehmen, oder im Vereinigten Königreich Freiwillige für den Dienst in Spanien anzuwerben.

6. In der Hoffnung, daß sie eine zukünftige Antwort auf die obigen Anregungen erhält, beschließt die britische Regierung, dem Londoner Nichteinmischungsausschuß den Meinungsaustausch zu übermitteln, der seit ihrer Mitteilung vom 24. Dezember stattgefunden hat, zusammen mit den Antworten auf die gegenwärtige Mitteilung, mit dem Ergehen, daß für den Fall, daß diese Antworten eine Übereinstimmung auf diese Anregung zum Ausdruck bringen, der Ausschuss einen Zeitpunkt festlegen soll, zu dem die oben er-

Angriff auf Spanisch-Marokko bedeutet ja eine Aktion im Rücken des Generals Franco und gegen die bisherige Politik der nationalen spanischen Erhebung. Ist damit schon die Situation hinterher gefallt, so wird sie noch interessanter durch die Pläne, die die Kommunisten in Spanisch-Marokko verfolgen. Am 5. Juli des vergangenen Jahres wurden in Moskau Beschlüsse der Kommunisten gefasst — und der französische Botschafter in der Internationalen, André Martin, war dabei —, daß von Spanisch-Marokko die Revolutionierung Spaniens wie auch Nordafrikas (Italien) revolutioniert soll. Letzteres ist in der Praxis der Operationen nicht durchzuführen. Die Zentralstelle der kommunistischen Regierungen während tätig gewesen ist, wurde außerdem mit besonderen Aufgaben betraut. Als Ziel der roten Aktion in Marokko wurde erklärt, daß das Brennende Spanisch-Marokko die definitive Hilfe der Frente Popular sein werde und zugleich das Signal für die Feuerbrunst in ganz Nordafrika.

Damit werden die Hintergründe der Marokkocampagne der Berliner Presse noch besonders grell beleuchtet. Die Strafe des Generals Franco befindet, hat alle Hoffnungen der Kommunisten auf die Revolutionierung Marokkos zerstört. Der Weltkommunismus weiß außerdem, daß die Frente Popular (Volksfront) in Spanien schon heute praktisch erledigt ist und die endgültige Niederlage der roten Revolte nicht mehr ausgehalten werden kann. Deshalb soll nun ein Schlag gegen die Operationsbasis Franco geführt werden — und dazu dient auch allem Berliner Rezept wieder einmal ein „bedrohlicher Vertrag“. So schließt sich der Ring: Nachdem die neue Offensive der Nationalen von Madrid die roten wieder weiter zurückgedrängt, läßt Paris die Worte des europäischen Völkermanns fallen und bereitet eine militärische Intervention großen Stils vor. Ziele dieser direkten französischen Offensive für den Weltkommunismus ist Spanisch-Marokko und zum Anschluß wieder einmal der belächelte aller Weltspalten — Deutschland.

So sieht das Spiel aus, das heute von Paris aus unter der Ägide der Senatskommission eingeleitet wird. Von Marokko aus will Frankreich dem in Europa gescheiterten Bolschewismus zur Hilfe kommen. Für Europa ergeben sich aus einer dergleichen Aktion unabsehbare Konsequenzen. Deutschland wartet in letzter Stunde und ist unter allen Umständen entschlossen, zu verhindern, daß dieses Spiel — und seien es einseitigen auch nur Prellspielen — auf seinem Rücken ausgetragen wird.

England verbietet Rekrutierung von Freiwilligen nach Spanien.

Unter Strafe gestellt.

London, 10. Jan. Die britische Regierung hat mit sofortiger Wirkung jegliche Rekrutierung von Freiwilligen für beide Parteien in Spanien unter Strafe gestellt.

In der amtlichen Mitteilung über das Verbot der Werbung heißt es u. a.: „In letzter Zeit haben die englische Regierung Berichte erreicht, die beweisen, daß in England Veruche gemacht werden, Personen für den Dienst bei den Streitkräften der einen oder der anderen (sic) in Spanien bekämpfenden Parteien zu rekrutieren. Die britische Regierung wünscht die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Bestimmungen des Gesetzes über die militärische Dienstnahme im Ausland von 1870 und insbesondere die Abschnitte 4 und 5 auf den Fall des gegenwärtigen Konfliktes in Spanien anwendbar sind.“

47000 Freiwillige über Frankreich nach Spanien.

Offizielle Angaben des „Echo de Paris“.

Paris, 10. Jan. „Echo de Paris“ bringt, wie das Blatt selbst sagt, offiziell anzunehmende Angaben über die Anzahl von Freiwilligen, die in Frankreich angeworben und über die französisch-spanische Grenze nach Barcelona und von dort an die Madrider Front geschickt worden sind. Am 4. Januar, so berichtet das Blatt, trafen 300 Freiwillige in Bergaun ein, von wo sie nach Katalonien weitergeschickt wurden. In Port Vendres kamen an Bord des französischen Dampfers „El Ranzana“ 21 Eingewandene an, die in Spanien angeworben wurden. Man habe in Bergaun auch 4 amerikanische Freiwillige angeworben, die mit der „Normandie“ nach Europa gekommen waren. Der größte Teil der Freiwilligen wurde je-

doch von der kommunistischen Partei in den verschiedenen französischen Departements angeworben. Nach Berichten aus autonomen Kreisen belaufen sich bisher die Anwerbungen auf insgesamt 47.400 Mann. Diese reichten sich wie folgt auf die einzelnen Departements: Paris und Umgebung 9500 Franzosen, 3000 Italiener, 2000 Deutsche (es kann sich nur um Emigranten handeln). Die Schweiz (Schweizer), 500 Belgier und 400 Serben und Tschechoslowaken. Im Departement Pas de Calais und anderen nordfranzösischen Provinzen 3000 Franzosen, 3100 Belgier, 1100 Italiener, 300 Engländer, 250 Serben, Polen und Tschechoslowaken, in den anderen französischen Departements rund 25.000 Mann verschiedener Nationalität, insgesamt 47.400 Mann.

Die portugiesische Antwortnote an Frankreich und England.

Das Recht zum Austritt aus dem Nichteinmischungsausschuß vorbehalten.

Lissabon, 10. Jan. Die portugiesische Regierung gab am Sonntagabend den Inhalt der Note bekannt, die sie am 4. Januar den Vertretern Frankreichs und Englands als Antwort auf deren Note in der Frage der spanischen Freiwilligen überreicht hat.

Die portugiesische Regierung betont zunächst darin, daß sie sich bereits mit ihrer Note vom 21. August das Recht vorbehalten hatte, aus dem Nichteinmischungsausschuß auszuscheiden, wenn andere beteiligte Staaten die Freiwilligenwerbung und das öffentliche Sammeln für die militärische Unterstützung der spanischen Parteien noch weiter zuließen. Die Note erklärt, daß schon daraus die große Bedeutung hervorgeht, die die portugiesische Regierung der Freiwilligenwerbung beizumessen hat. Diese Bedeutung hatte die Frage nach portugiesischer Ansicht jedoch nicht wegen der portugiesischen Freiwilligen, die sich höchstens aus einigen Emigranten und Kommunisten zusammensetzten, sondern weil wegen der Beteiligung anderer Staatsangehöriger an den Kämpfen der politischen Weltanschauungen in Spanien die internationale Atmosphäre vergrößert werden und Bewältigungen entstehen könnten.

Die portugiesische Regierung ist daher grundsätzlich bereit, gezielte Maßnahmen zur Vermeidung der Anwerbung von Personen oder Freiwilligen-Gruppen für Spanien durchzuführen. Sie muß jedoch hinsichtlich der Auswertung und der

Anwendung der von Frankreich und England vorgeschlagenen Maßnahmen Einwendungen machen:

a) Die Freiwilligenwerbung kann nach ihrer Ansicht von den anderen Formen der direkten oder indirekten Einmischung nicht getrennt betrachtet werden. Die Unterbindung der Freiwilligenwerbung allein kann, wenn man andere Methoden der Einmischung beibehält, unter Umständen eine der Parteien denachteiligen und somit eine wirkliche Einmischung statt der Nichteinmischung darstellen.

b) Die portugiesische Regierung stellt fest, daß der Nichteinmischungsausschuß zur Vermeidung unermesslicher Beschuldigungen und zur Sicherung diplomatischer Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten geschaffen wurde. Es sieht sich, daß durch diese doppelte oder neue Arbeitsweise das Ansehen und unter Umständen sogar der Bestand des Ausschusses gefährdet wird.

Die portugiesische Regierung ist ferner der Ansicht, daß der Kampf der politischen Weltanschauungen in Spanien nicht nur die innenpolitische Ruhe anderer Staaten in Frage stellt, sondern daß auch isolierte Aktionen außerhalb des Nichteinmischungsausschusses selbst bei besten Absichten das Vertrauen in der europäischen Politik vergrößern müssen.

Zum Schluß erklärt sich die portugiesische Regierung bereit, unter uneingeschränkter Berücksichtigung ihrer Noten vom 21. August und 11. Dezember fällige Maßnahmen zu ergreifen, wenn auch die anderen beteiligten Staaten sich dazu verpflichten. Die portugiesische Regierung ist auch bereit, in ihrer Haltung dem Besten anderer Staaten zu folgen.

wählten Verbotsmaßnahmen gleichzeitig in Kraft gesetzt werden sollen.

7. Die britische Regierung wünscht in diesem Zusammenhang zu erklären, daß sie, als sie ihre Mitteilung vom 24. Dezember in der Angelegenheit des Einstromens ausländischer Freiwilliger nach Spanien direkt an die Regierungen Deutschlands, Portugals, Italiens und der Sowjetunion richtete, die britische Regierung durch den Ernst der entstandenen Lage beeindruckt und überzeugt war, daß im allgemeinen Interesse sofortige Entscheidungen von den hauptsächlich betroffenen Mächten notwendigerweise ergriffen werden müßten, um die die Rißstände abstellenden Maßnahmen auf einen Nenner zu bringen (wörtlich: zu konzentrieren).

8. Indem die britische Regierung diesen Schritt ergriff, hatte sie weder den Wunsch noch die Absicht, sich in die Betätigung des in London errichteten Rüstungsmittelumschulungsausschusses einzumengen. Im Gegenteil, es geschah aus dem Wunsche heraus, die Aufgaben dieses Ausschusses zu erleichtern und zu beschleunigen, indem sie die vier Mächte direkt an sprach in der Hoffnung, daß sie durch die Übernahme einer Führung in den betreffenden Fragen, die durch die hauptsächlich betroffenen Mächte aufgeworfen wurden, sie den anderen beim Ausmaß vortretenden Regierungen helfen könnte, zu schnelleren Schlussfolgerungen zu gelangen.

9. Bitte lesen Sie sich sofort mit der ... Regierung in obengenanntem Sinne in Verbindung und ersuchen Sie um eine sehr baldige Antwort.

Diesmal ohne Paris.

Die englischen Wälder zur Anweisung der englischen Regierung an ihre Diplomaten.

London, 11. Jan. (Zuntmeldung.) Die Anweisung der britischen Regierung an ihre diplomatischen Vertreter in der Rüstungsmittelumschulungsfrage wird von den meisten Londoner Morgenblättern begrüßt.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hält es für besonders beachtenswert, daß die letzte Aktion von England allein unter dessen ausschließlicher Verantwortung unternommen worden ist, während der Schritt vom 24. Dezember gemeinsam mit Frankreich erfolgte. Bei dem früheren Schritt habe man es zum Beispiel in Berlin unangenehm empfunden, daß Paris anderen Ländern Lehren über Freiwillige erteile. „Times“ rühmt im Leitartikel die Schnelligkeit, mit der die englische Regierung allein und auf eigene Verantwortung gehandelt habe. Auch der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ hebt die Tatsache hervor, daß England in der Rüstungsmittelumschulung zum ersten Male allein ohne Frankreich gehandelt habe, wobei allerdings auch der letzte Schritt mit voller Zustimmung Frankreichs erfolgt sei.

Komintern spekulieren auf internationalen Konflikt.

Die Spanien-Vollschweiften lehnen deshalb eine Grenzkontrolle ab.

London, 11. Jan. (Zuntmeldung.) Die Noten haben dem britischen Geschäftsträger in Valencia eine Mitteilung zugehen lassen, die sich mit dem von der englischen Regierung überreichten Kontrollplan des Rüstungsmittelumschulungsausschusses beschäftigt. Es ist bezeichnend, daß die Antwort der Noten eine Grenzkontrolle rundweg ablehnt. Eine solche Maßnahme wäre, so wird behauptet, nicht nur mit den Interessen des spanischen Volkes (das soll natürlich heißen: mit den Interessen der Spanien-Vollschweiften), sondern auch mit denen der „europäischen Demokratie“ unvereinbar.

Im Residenz-Theater:

Wandlung einer Komödie zum Schwanke.

„Flaschmann als Erzieher“ von Otto Ernst.

„Man es gleich zu sagen: Das einige Dutzendmal alte Stück „Flaschmann als Erzieher“ hat sich im Laufe der Zeit zum Schwanke gewandelt. Das kam so. Es gibt Theaterstücke, die einmal eine kleine Revolution hervorriefen. Beaumarchais' „Figaro“ z. B. sogar eine sehr große. Um die Jahrhundertwende regte auch „Flaschmann“ unsere Äster und uns selber brennend auf. Kultur um die Schule! Die Parteien und ihre Doktrinen kritisierte danach und bewegte. Aber es hat sich alles gewandelt, das Stück steht in der Hauptphase ins Verlore. Die „Bildungsschüler“ ist uns ein überholter Begriff, die junge Generation kennt nicht mehr den Paragrafenrummel. Es gibt keine 129 Szenen mehr, die man nur zu erfüllen brauchte, um ein Publikum zu sein, und nach deren Erledigung für den Lehrer „der Tag rum“ war. Das politische Ergründeten um die Probleme um „Flaschmann“ ist nur noch ein Bühnenauftritt, aus dem man keine Doktrinen und Flugblätter mehr zieht, sondern nur noch Amüsement pflückt. Darum ist uns die Komödie von ehemals nur noch ein Schwanke von heute, denn ihre Übertreibungen sind offensichtlich, die Effekte zu hart und sozial Bosheit und Blüthenstern in 6-8 Personen ist zu viel, um wahr zu sein. Jede Komödie aber ist wahr und das Abgleiten von der Wahrheit gebietet den Schwanke. Bleibt also nur ein, allerdings fälschlicher Schwanke.

Man hat keine Freude daran. Man kann sogar aus den verzerren Bildern einiges entnehmen. Der eine trübe Erinnerung an die Schulordnung, an ein Original oder einen Schreiber, der andere an die Freude seiner Schultage, einen fühlenden Lehrer, der voll Idealismus sich seiner annahm. Andere hinwiederum mochten sogar aus dem, wie man nicht sein soll, aus der Vergrößerung durch Bosheit, das echte Bild des Lehrers zu gewinnen. Denn die Wahrheit lernt man auch aus ihrer Vergrößerung, und das war neben dem Vergnügen auch ein Nutzen.

Man freute sich dazu an einem hübschenwiesamen Stück. Die Liebesgeschichte des braven Fleming könnte man allerdings missen. Sie ist ein ziemlich laides Dopsil. Aber die Verknüpfung und Lösung des Ganzen ist praktisch. Darlehen (siehe der Figuren ist eine andere Welt) ist für den Schauspielers eine seltene Gelegenheit vorhanden.

So war denn das erfreulich am Abend das Spiel. Eine selten ausgeglichene Leistung, weil das Ensemble ein Ganzes war. (Spielleitung Direktor Müller). Jedem scheint seine Aufgabe vollständig. Dem Statuador ohne Bil-



Wir gratulieren!

Am 12. Januar haben drei Männer der Bewegung Geburtstag: (von links) Reichskommissar Gausleiter Josef Wagner (geboren 1899), Ministerpräsident Generaloberst Hermann Göring (geboren 1893) und Reichsleiter Alfred Rosenberger (geboren 1893).

Soziale Großtat.

5 600 000 RM. vorläufiges Ergebnis der 3. Eintopfammlung des RSB.

Berlin, 9. Jan. Das vorläufige Ergebnis der 3. Eintopfammlung des Winterhilfswerkes 1936/37 beträgt 5 600 395,20 RM. Die Ergebnisse der ersten und zweiten Eintopfammlung des Winterhilfswerkes 1936/37, die bereits veröffentlicht wurden, waren 5 455 564,82 RM am ersten Eintopfsonntag und 5 593 718,61 RM am zweiten Eintopfsonntag.

Ernste Lage in Sianfu.

General Vanghucheng im kommunistischen Fahrwasser.

Antijapanische Politik verlangt.

Nanking, 10. Jan. (Stößenbericht des DNB.) Daß die Lage in Sianfu als ernst anzusehen ist, wird nun auch von der halbamtlichen Nachrichtenagentur „Central News“ zugegeben. Nach einer Meldung dieser Agentur befinden sich in Sianfu die wichtigsten kommunistischen Hauptkräfte, die in Maßnahmen zum Aufrechterhalten und Blutrünstigen der Lage. In der ganzen Stadt werden kommunistische Plakate und Propagandastelten verteilt. Seit dem Tag der Festnahme Tchangfangs in Sianfu bestand eine sehr häufig benutzte Flugverbindung zwischen dem Befehlshaber in Sianfu selbst und der Leitung der kommunistischen Heeresgruppen.

General Vanghucheng, ein Untergeordneter Tchanghualiangs, befehlt die Verklärung, seiner Truppen durch Kommunisten und Banditen. Überall in der Provinz Szechuan errichten die Truppen Vanghuchengs augensichtlich Verteidigungsanlagen. General Vanghucheng selbst, der seit dem Abzug Tchanghualiangs nach Nanking zum Reichshaupt in Sianfu aufgeführt ist, leitet vorläufig die Durchführung aller von der Nanking-Regierung gegebenen Befehle ab. Er verlangt von der Zentralregierung u. a. Beweise einer antijapanischen Haltung und wirft den Nanking Stellen Unaufrichtigkeit vor, was ihm — trotz seiner „grundtätigen Bereitwilligkeit, Tchangfangs zu gehören“ — die Unterordnung unter die Befehle Nankings „unmöglich mache“. Seine Truppen in Sianfu und Kanfu seien, so erklärt er, über die Behandlung Tchanghualiangs durch die Zentralregierung, unzufrieden und empört.

Abschluß der Danzig-polnischen Besprechungen

über das Verhältnis Danzigs zum Völkerbund.

Danzig, 10. Jan. Die Pressestelle des Senats teilt mit, daß die Besprechungen, die über das Verhältnis Danzigs zum Völkerbund vom Präsidenten Greizer und Staatsrat Dr. Böttcher von Seiten Danzigs und Ministerialdirektor Laliel von polnischer Seite geführt wurden, sich beendet und haben zu einem positiven Ergebnis geführt.

Abgeordnete des Generals Vanghucheng ersuchten um die Verhinderung des Vormarsches der Nanking-Truppen über Tungtschuan hinaus nach Westen. Der Oberkommandierende dieser Truppen hat darauf geantwortet, daß er diesen Wunsch nur berücksichtigen könne, falls General Vanghucheng sich den Nanking Befehlen unterordne und jeden Widerstand aufhebe. Angefichts dieser Lage hat Reichshaupt Tchanghualiang von Nanking aus am Samstag Vertraute nach Sianfu entsandt, die auf Vanghucheng einwirkten und ihn zum Einlenken bewegen sollten.

Die Nanking-Regierung hofft die Krise im Nordwesten durch friedliche Mittel lösen zu können. So lange Vanghucheng noch Herr der Lage ist, besteht dazu einige Aussicht. Man verheißt sich in Nanking aber nicht die Gefahr, daß Vanghucheng ganz ins kommunistische Fahrwasser gerät und daß die kommunistischen Einflüsse die Oberhand gewinnen könnten. Dadurch würde das Gesamtbild selbstverständlich völlig verfallen und die Lage noch komplizierter werden.

Aus Kunst und Leben.

* Die bayerische Chmarz ehrt Houston Stewart Chamberlain. Am Samstag fand in der Hofkapelle die Chmarz für Houston Chamberlain, dessen Todestag sich zum zehnten Male feiert. Am Grabe des großen Toten auf dem Bayreuther Stadtfriedhof hatte eine Ehrenwache der Gliederungen der Bewegung Aufstellung genommen, als um 9 Uhr der Gausleiter der bayerischen Chmarz und Reichswalter des RSB, H. Gausleiter, mit dem Reichsvertreter des Gausleiter P. Kaudel und Gauamtsleiter Dr. Wolf erschien. Der Gausleiter legte am Grabe einen Kranz nieder, der die Aufschrift trug: „Dem geistigen Fortkämpfer der Bewegung. Gausleiter bayerische Chmarz.“ Einige Stunden später erschien auch der kommissarische Reichschmarzfürer des RSB, H. Gausleiter, mit mehreren Hauptabteilungs- und Abteilungsleitern der Reichswachmannschaft, um namens der deutschen Reichschmarz die Abschiedsfeier eines neuen Deutschlands zu ehren. Gausleiter Kaudel hatte gegen Mittag mit dem Reichsvertreter Gausleiter Kaudel der Witwe Houston Chamberlains, Frau Eva Chamberlain, einen Besuch ab und überreichte ihr ein Gedächtnisblatt, auf dem die Verdienste des großen Toten für die geistige und weltanschauliche Vorbereitung des Dritten Reiches hervorgehoben werden. Die Stadt Bayreuth hat am Grabe Chamberlains einen Kranz mit der Aufschrift niedergelegt lassen: „Dem Erben des Dritten Reiches. Die Stadt Bayreuth.“ Am 10. Todestage Houston Stewart Chamberlains des Reichsers zu deutscher Erinnerung, grüße ich Sie als seine Gefährtin und Mitarbeiterin in herzlichem Gedankensinn.

* Das Kulturprogramm der Wsa 1937/38. Die Wsa sieht für ihr neues Kulturprogramm 1937/38 35 Kulturfilme vor, von denen 25 Titel bereits feststehen. Das Programm gliedert sich in fünf Abteilungen. In der ersten Abteilung „Biologie“ (im geplant: „Der Bienenstaat“, „Der Wille“, „Von Edelsteinen und anderen Strandbewohnern“, „Das Hochzeitsfest der Tiere“, „Schönheit und Zweckmäßigkeit der tierischen Bewegung“, „Tiere im Winter“, „Wie die Natur pflanzt und ist“, „Fortpflanzung der Pflanzenwelt“, „Natur in Technik — Technik in der Natur“, Die zweite Abteilung „Naturwissenschaft und Technik“ bringt: „Sesquifur an Wollen“. Die dritte Abteilung „Länder- und Völkerkunde“ enthält: „Die Räte“, „Donaufahrt“, „Alpenfahrten“, Die Schönheiten der „Donau“, „Unbekanntes China“, „An den Wäldern von Berlin“. In der vierten Abteilung: „Mittärische und nationalpolitische Filme“ sind angelegt: „Die Bauten Adolf Hitlers“, „Minenleger und Minenjäger“, „Deutschland hilft sich selbst“,

drungsdrang mit einer erschütternd dummen Bissage (Bernhöft), dem Angeber und Betrüger Dierds (Manders), ein Intrigant mit finstern Fladern in den Augen und einer für sich sprechenden Kleidung, ein böser Schmerz Schatten, dem sympathischen Fleming (Eichenrucher), der seine Wärme von Vekallogi und seinem Mut aus der Jugendbewegung zog, dem Kellner Flaschmann, dem Moog bleiche Bosheit, hinterhältige Lüge verlied und — ein großes Kunststück — aus dem das Unschicklichkeit seiner Vergangenheit sah, die er in der schicklich-gegründeten Haltung vorzüglich spielte. Ist, Corbett als Gelsa erliegen wir zu ihrem sonst erscheinenden und unbekannten Lehrenten-Bach gern, daß sie aus dem Direktionszimmer des Flaschmann hinausging (!). Dora Tillmann möchte sich fürs Familienalbum fotografieren lassen, sie ist eine liebliche Erinnerung an die Wert Jahre; auch ohne die typischen Worte ihres vernünftigen Mundes wäre sie in ihren Schönen, ihrer Blau, der Haarrolle und ihrem verdorbenen Jungferngelicht eine Sache für sich. Aber wir möchten besonders zwei Leistungen herausheben, ohne die anderen dadurch beeinträchtigen zu wollen. Herr Weidenbaum (Wilmenrad) muß wohl von Wiesbaden nach Hamburg verlegt worden sein. Wir finden viel Anheimelndes in der Sprache dieses feigen, lächerlichen Bedanten, der die „S“ hilft und Nationen zu quäht. Wie kann dieser Mann hilflos guden, wie dumm reden, wie bezeichnend die Röllchenmanschetten herausgeschoben. Und überhaupt! Da scheint er aus der Erinnerung einen herausgeholt zu haben, der ihn wohl in der Jugend verfolgte und noch jetzt in seinen Träumen herumgeflirt. Und dann der Revisor Herrn Vellens, der königlich-preussische Schularzt, der wie die Polanne des jüngsten Gedichtes in den Waff, die Kriecher und den Scherbraten der Flaschmannschen Schule hineinsetzt. Vor so viel Geruch und Gemitter erhalten die Bedanten zu Puppen und bücken sich die Biedererinnen in sich selbst. Die freundlich herablassenden, dann begeisterten Worte, die er mitten in seiner beamteten Wut an Fleming richtet, waren ein Bruchstück. Dem diebischen Schuldner (Münich) hat Mollte einmal „alter Schwende“ zugerufen. Davon traut sich noch jetzt Mollt Stolz sein Bodenband und spricht er nur noch von „Wit“ und seiner Bedeutung. Bemerkenswert, wie sicher die eingeübten Anaben sprachen (Johab Werner, Karl App, Walter Kopp) In kleineren Rollen ganz, Karun Gah, von Seib, Koppert und Gernersdorf.

Die Marionetten und Karikaturen taten ihre Wirkung. Es gab viele Vorhänge für den Schwanke, der einmal Komödie war. Und viel Gelächter aus Schadenfreude und kleiner, nachträglicher Rache. Das Stück, einmal wie eine Erwiedung gedacht, wirkte so wie eine belustigte, symbolische Botschaft. Licht lie laßt ruhen, die uns gepieckelt haben, mich und dich, lieber Vater, und schüttet im Residenztheater Vagen über ihre Gebeine. Dr. Heinrich Reichert.

David Frankfurter — ein feiger Mörder.

Die Urteilsbegründung im „Frankfurter“-Prozess.

Basel, 10. Jan. Die 30 Folioseiten umfassende Begründung zum Urteil im Frankfurter-Prozess ist von der Kammer des Kantonsgerichtes von Graubünden namentlich den beteiligten Parteien zugestellt worden. Sie beginnt mit einer sehr ausführlichen Darlegung des gesamten Tatbestandes der Ermordung Wilhelm Gustloff am 4. Februar 1936.

Auf Grund aller Feststellungen der Voruntersuchung erwähnt die Urteilsbegründung die Frage, ob die Tat Frankfurters als Mord im Sinne des bündnerischen Strafgesetzes zu bewerten sei.

In eingehenden Darlegungen wird festgestellt, daß Frankfurter die Tat lange vorher geplant und beabsichtigt habe, ebenso wie seine Vorbereitungen zur Ausführung auf längere Zeit zurückzuführen.

Das Gericht hält an der Auffassung fest, daß nach dem Material der Voruntersuchung Frankfurter keine Hintermänner gehabt habe. Das primäre Motiv sei für Frankfurter die Situation des verarmten Studenten gewesen, der keinen Ausweg mehr sah als den Selbstmord und dann in Zusammenhang damit auf den Gedanken kam, eine Ration zu beschaffen. Aus diesem Grunde wird auch dem von der Verteidigung vorgelegten Material über die Behandlung der Juden in Deutschland kein entscheidendes Gewicht für die Beurteilung der Tat Frankfurters beigelegt. Somit ergab sich für das Gericht das Vorliegen von Mord und weiterhin aus den gleichen Erwägungen heraus, daß diese Dinge nicht wesentlich als Mordgrund in Betracht kommen können. Als Mordgrund sei zu erwähnen, daß Frankfurter nicht vorbestraft sei, und die Tatsache, daß er sofort nach Begehung der Tat sich selbst der Polizei stellte.

Die Begründung kommt dann auf die Vernehmung von Bekannten Frankfurters in Bern zu sprechen und darauf, daß gewisse deutsche Zeitungen, aus denen Frankfurter seine Aufregungen gezogen haben will, im Handel gerächt zugänglich waren und an den Orten, wo er zu verhaften pflegte, auch nicht auslagen. Aber einmündig lagten die Zeugen denn auch aus, sie hätten nicht den Eindruck gehabt, daß David Frankfurter regeren politischen Anteil an den Weltgeschehnissen nahm, auch nicht einmal an der Aufstellung der Judenfrage in Deutschland.

Entgegenzutreten sei jedoch mit aller Entschiedenheit dem Versuch des Täters selbst, seine Tat so darzustellen, als hätten seine angeblichen „Gefühlsbewegungen“ sich auf diese Weise entfaltet, daß er nicht habe mit ansehen können, daß „Kazi-Agenten“ wie Gustloff ihm die „Luft verpösten“ und hostile Einrichtungen und sogar die hostile Grenzlinie der Schweiz „gefährden“ und bedrohen. Die Schweizer Behörden beanspruchten namentlich noch selbst und ganz allein für sich das Recht, in ihrem Lande die Ordnung aufrechtzuerhalten und auch, wenn nötig, Ordnung zu schaffen gegen Ausländer, die das Volkrecht mißbrauchen.

Zudem habe der Ermordete als Privatmann eine unabhägige Führung gezeigt und nach den Äußerungen nicht erwiesen, daß er in seiner Eigenschaft als Leiter der Landesgruppe Schweiz der NSDAP eine den „Vandensinteressen“ abträgliche Tätigkeit entfalte.“

Der Schweiz habe Frankfurter mit seiner verabschwörungswürdigen feigen Tat jedenfalls alles andere als einen Dienst erwiesen, wie er es anfänglich darzustellen sich erdreistet hat. Strafbare Handlung wurde andererseits zu Lasten Frankfurters die Bosartigkeit und Gefährlichkeit des Willens, die ihn zur Tat schickte und weiter die Beherzbarkeit, Draufgänger und Grausamkeit, die er bei der Verübung an den Tag gelegt habe.

Aus allen diesen Erwägungen ergab sich für das Gericht, daß das am Amtsführer beantragte Strafmaß von 15 Jahren Zuchthaus sowohl den Mordgrundgründen wie den Strafbegründungsgründen Rechnung trage.

Schon die Darstellung des Tatbestandes läßt erkennen, daß der erst in der in dieser Begründung enthaltenen Hauptverhandlung von Frankfurter gemachte Versuch, entgegen seinem Geständnis vor der Polizei namentlich seine Mordabsichten zu bekämpfen, auf das Gericht keinen Eindruck gemacht hat. Deutlich stellt das Urteil fest, daß wohl über-

legter Mord und nicht bloßer Totschlag vorliegt. Ebenso wird die Zurechnungsfähigkeit Frankfurters bejaht.

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen über die strafmildernden und strafschärfenden Umstände der Tat. Das in Graubünden geltende Strafgesetzbuch vom 8. Juli 1881 sieht nämlich in viel weiterem Maße als dies im deutschen Recht der Fall ist, die Berücksichtigung strafmildernder, aber auch strafschärfender Umstände vor, und läßt auch bei Mord die Annahme mildernder Umstände zu.

Als strafschärfend wird zunächst hervorgehoben die Größe der entstandenen Rechtsverletzung, bestehend in der Verletzung des Lebens eines Menschen, der zudem in der Vollkraft blühte und dessen Verlust demnach für die hinterbliebenen Witwe, ganz abgesehen vom seelischen Schmerz, auch sonst entsprechend schwere nachteilige Folgen hat. Als strafmildernd wird andererseits die bisherige Unbestraftheit des Täters anerkannt und die Tatsache, daß er sich der Polizei stellte.

Das Gericht lehnt aber ganz entschieden die Behauptung der Verteidigung ab, daß Frankfurter infolge der Judenverfolgung in Deutschland in einer aus gerechter Ursache entstandenen heftigen Gemütsbewegung gehandelt habe.

Der § 53 Ziffer 3 des Strafgesetzbuchs von Graubünden bestimmt nämlich, daß mildernde Umstände auch dann vorliegen, wenn der Täter die Tat in einer aus gerechter Ursache entstandenen heftigen Gemütsbewegung begangen hat. Auf diese Bestimmung hatte sich der Verteidiger berufen, als er einmahl Tage dem Gericht Gruppelpropaganda über Deutschland vortrug. Damit ist durch das Urteil festgestellt, daß diese Verteidigung völlig ungeheuerlich ist und der ganze Gruppelvorwurf der Verteidigung rechtlich unannehmlich war und nur zu politischen Zwecken gemacht wurde.

Wörtlich sagt das Urteil hierzu: „Es betrachtet, verliert also dieses von der Verteidigung in den Vordergrund gestellte Problem der Judenverfolgung in Deutschland jeden irgendwie auf die Beurteilung des an sich recht klar und offen zu-

tagegebrachten Verbrechens entscheidend einwirkenden Einfluß.“

Nach schärfer weist das Urteil die Behauptung Frankfurters zurück, daß er durch die Ermordung Gustloffs „der Schweiz einen Dienst habe erweisen wollen“. Das Urteil stellt hierzu fest, daß die Schweizer Behörden namentlich noch selbst und ganz allein das Recht für sich beanspruchten, in ihrem Lande Ordnung zu halten, und es fügt hinzu: „Der Schweiz hat Frankfurter mit seiner verabschwörungswürdigen, feigen Tat jedenfalls alles andere als einen Dienst erwiesen, wie er anfänglich es darzustellen sich erdreistet hat.“

Wie schwer das Gericht die Tat Frankfurters beurteilt, ergibt sich schließlich aus folgender abschließender Feststellung der Urteilsbegründung: „Strafbare Handlung wurde andererseits zu Lasten Frankfurters die Bosartigkeit und die Gefährlichkeit des Willens, die ihn zur Tat schickte und weiter die Beherzbarkeit, Draufgänger und Grausamkeit, die er bei der Verübung an den Tag gelegt hat.“

Das Gericht hält über die Tat Frankfurters zu urteilen, und zwar dabei auf das Material beschränkt, das in der Voruntersuchung zusammengetragen war. Demgemäß ist es in der Frage der Hintermänner zu dem Ergebnis gekommen, daß nach Lage der Sache anzunehmen sei, daß Frankfurter die Tat allein ausgeführt habe und nicht bewiesen sei, daß er Hintermänner gehabt habe.

Nachdem jetzt die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt, dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, die Frage der Hintermänner erneut zu prüfen. Zuständig hierfür ist nicht das Gericht in Chur, auch nicht der Amtsführer in Chur, der nur im Rahmen dieses gerichtlichen Entscheidungsbefehls tätig sein konnte, sondern allein die Bundesanwaltschaft in Bern.

Die Feststellung, daß Frankfurter kein Heros ist und die Art, wie er von der Schweiz abgeurteilt wird, ist die authentische Antwort auf den Versuch, dem feigen Mord das Mantelchen einer Freiheitskämpfers umzuhängen. Eine Larve ist abgerissen. Die Frage nach den Mitbeteiligten im Hintergrunde wird noch andere „Ehrenmänner“ bloßstellen. Insofern ist in Chur und durch dieses Urteil nicht das letzte Wort gesprochen. Besser ist es nur Gustloff und die Objektivität des Gerichtes. Aber es ist nur der Anfang einer Untersuchung, bei der es um die Ehre einer Nation geht.

Das bolschewistische Verbrechen an Baron de Borchgrave.

Die Forderungen der belgischen Regierung.

30 belgische „Freiwillige“ der roten Hölle entronnen.

Brüssel, 9. Jan. Das belgische Außenministerium hat die Note veröffentlicht, die die belgische Regierung an die spanischen Bolschewisten gerichtet hat. Der Wortlaut der Note bezieht sich auf die belgische Regierung die roten Machthaber in Valencia verantwortlich macht für den Mord an Baron de Borchgrave, der seit einiger Zeit die belgische Botschaft in Madrid geleitet hatte. In der Note wird ausdrücklich festgelegt, daß die roten trotz bringender Vorstellungen seitens der belgischen Regierung eine unparteiliche Untersuchung nicht zuzulassen betrieben haben. In der Note wird dann der Vorwurf erhoben, daß die roten Machthaber von Valencia den Tod des Barons de Borchgrave der belgischen Regierung verheimlichen haben, obwohl sie bereits einige Zeit darüber unterrichtet gewesen waren. Am 30. Dezember habe die belgische Regierung die Ausgrabung und die Unternehmung der Leiche gefordert. Bis zum 7. Januar sei nichts auf die Forderungen der belgischen Regierung erfolgt.

Unter Hinweis auf die Grundrechte des Völkerrechtes werden dann zum Schluß der Note folgende Forderungen erhoben:

1. Die roten Machthaber sollen offiziell und schriftlich ihre Entschuldigung und ihr Bedauern aussprechen.
2. Sie sollen die Überführung der Leiche sicherstellen und der belgischen Hölle des Ermordeten militärische Ehren erweisen.
3. Sie sollen der belgischen Regierung eine Entschädigung von einer Million Franken für die Hinterbliebenen überweisen.

4. Sie sollen die Bekräftigung der Schuldigen vornehmen.

Eine Antwort der roten auf die von der belgischen Regierung gestellten Forderungen ist noch nicht bekannt geworden.

Nach einer Mitteilung der belgischen Regierung bin dreißig belgische „Freiwillige“ der roten Hölle, die wegen „Volontarismus“ von den spanischen Bolschewisten eingekerkert worden waren, freigelassen und nach Belgien zurückgeführt worden. Ohne die Feststellungen der belgischen Vertreter in Madrid und Barcelona wären die Befreiungen, so heißt es in der amtlichen Mitteilung weiter, erfolgt worden. Die jungen Leute sind inzwischen in Marseille in unangenehmer trauriger körperlicher und seelischer Verfassung angekommen. Die Erklärungen, die sie abgegeben haben, werfen wiederum ein grelles Licht auf die Umstände, unter denen die „Freiwilligen“ in Belgien angekommen sind. Die Befreienden führten bekanntlich ihre Aktion unter dem Vorwand aus, die roten zu befreien. Demnach ist lediglich zur Vermeidung in „fabriken“ angekommen worden, haben man sie sofort nach ihrer Ankunft in Uniformen gekleidet und an die Front geschickt, ohne ihnen den ausbedungenen Lohn zu zahlen. Wegen ihrer Weigerung, Kriegsdienste zu tun, seien sie dann ins Gefängnis geworfen worden.

Es ist bezeichnend, daß die gesamte marxistische Presse in Belgien über die Heimkehr dieser Betroffenen und über die ganzen Vorfälle völliges Schweigen bewahrt. Der Grund hierfür ist nicht schwer zu erraten, ist doch der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, die mit jenen Ministern in der Regierung vertreten ist, berufen gewesen, der bei der Annäherung der Bolschewisten in Spanien die Hauptrolle gespielt hat.

wird die Ebernburg erhalten und dem Publikumsvorrecht zugänglich bleiben. Darüber hinaus wird die Innenhaltung, dem neuen Zweck entsprechend, geändert werden müssen.

* Stipendien der Robert-Koch-Stiftung. Der Vorsteher der im Jahre 1935 wiedererrichteten Robert-Koch-Stiftung, Ministerialdirektor Dr. Gürt im Reichs- und preussischen Ministerium des Innern, hat einer Reihe von Forschern Beihilfen für die Durchführung ihrer Arbeiten zur Verfügung gestellt. Wir mit hören, wurden folgende Forscher zum Institut für Infektionskrankheiten ausgesendet: Das Institut für Infektionskrankheiten, Prof. Dr. Robert Koch, in Berlin, Dr. W. Hoff (Eisenach), Prof. Dr. Kasper-Petersen (Sena), Prof. Dr. Marx (Münster), Prof. Dr. Schulze (Gießen), Prof. Dr. Schürus (Düsseldorf) und Prof. Dr. Stümmer (Freiburg). Die Arbeiten der Forscher beschäftigen sich mit Untersuchungen und über das Verhalten des Lungengewebes beim, des Blutes und Serums von Mensch und Tier gegenüber den Tuberkulosebakterien sowie mit Zerkleinerungsforschung auf dem Gebiete der Tuberkulose, ferner mit Fragen der Erforschung und Heilung von Hauttuberkulose.

* Die Jubiläumsausstellung des römischen Imperiums. Über die Vorbereitungen der am 23. September zur Eröffnung gelangenden Ausstellungen der Romanitas in Rom berichtet die italienische Presse, daß bisher 139 Modelle, die die bedeutendsten Architekturwerke der römischen Welt im ganzen Imperium bis in die kleinsten Einzelheiten nachbilden, fertiggestellt worden sind. Darunter befinden sich auch architektonische Nachbildungen afrikanischer Bauwerke, so die Fikere von Karthago, der Aquadukt von Caracra, der Minervatempel von Thebes und der Tempel von Ragu in Ägypten. Weitere Modelle sind auch von Deutschland und England bereits angeliefert. Eine Wiederherstellung des Kalendariums zur Zeit des Augustus ist in Vorbereitung. In einer besonderen Ehrenhalle werden die Festlichkeiten des römischen Festes sowie die Ausstellungen, gegenwärtig der römischen Kolonien ausgestellt werden.

* Wiederherstellung altägyptischer Schattenspiele. Das Institut in Kairo hat beschlossen, die alten Karagis-Schattenspiele wieder zu neuen Leben zu erwecken. Es ist angenommen, daß auch die anderen Halften dieser Beispiele folgen werden. Dadurch dürfte die Gemüthsbegeisterung, dieses alte ägyptische Kulturgut zu erhalten.

* Der Kalender der Ägypten. Die kleinste Wellenlänge, mit der man noch Sendungen auf große Entfernungen durchführen kann, die sogenannte kritische Wellenlänge, liegt im Bereich von zehn Metern. Die äußerste Grenze, bis zu der man heruntergehen kann, hängt von dem Zustand der Ionosphäre ab. Die Ägypten können sich nur dann dort befinden, wenn sie leicht in einer gewissen Höhe über der

Erde von einer dichten reflektierenden Schicht zurückgeworfen werden. Die Höhenlage dieser Schicht mit größter Elektronendichte und die damit bedingte kritische Wellenlänge wechseln in der Hauptsache in Abhängigkeit von der Jahreszeit, unter Umständen können Fernsendungen auf Werte 6 gelingen, an anderen Tagen muß man über 10 Meter hinausgehen. Der Zustand der Ionosphäre steht mit der Identitätigkeit der Sonne in Verbindung. Die Wellenlängen mit uns in einem Zeitabschnitt der vergrößerten Zahl der Sonnenflecken. Dies hat zur Folge, daß die kritische Wellenlänge sehr niedrig liegt und weiter sinken wird. Im Jahre 1939 wird der umgekehrte Prozeß einsehen und die kleinste Wellenlänge wieder über 10 Meter betragen.

* Wie weit kann man sehen. Die größte Entfernung, auf die man mit unbewaffnetem Auge sehen kann, wurde jetzt im physikalischen Institut der nordamerikanischen Cleveland-Universität mit 400 Kilometer gemessen. Die Messungen wurden zwischen hohen Berggipfeln bei klarer Sicht vorgenommen. Diese Sichtweite gilt für weisses Licht, für farbige bestehen große Unterschiede in Abhängigkeit von der Wellenlänge. Werden die farbigen Strahlen durch Farbstoffe getrennt, dann beträgt die größte Entfernung für Blau 160, für Grün 220, Gelb 350 und Rot 350 Kilometer.

* Ungeachtete Wechsel, die Wert haben. Einige Monate vor dem Tode des großen Schachspielers Talma sagte ihm sein Geschäftsführer, daß von zehn Wecheln, die er ausgeben, sechs nicht eingereicht worden seien. Dies erzählte das Gerücht, daß Talma ein Schachspieler und ein großer Spieler war, der mit jenen Wecheln bezahlt worden war, und fragte ihn nach dem Grund seines Verhaltens. Der Spieler antwortete, er habe die Wecheln verkauft, die Inkubator würden sich zeigen. Talma hatte jedoch den Eindruck, daß der Gläubiger nicht die Wahrheit spräche und schickte nach einigen Tagen seinen Geschäftsführer noch einmal zu ihm. Diesem gelang der Spieler endlich, daß er die Wecheln noch habe. „Aber“, fuhr er fort, „hald werden wir den großen Künstler verlieren. Nach seinem Tode wird diese Unterdrückung einen zwei bis dreifachen Wert erhalten. Diese ich mit die Wecheln bezahlen, so bestimme ich für jeden die hundert Franken, die darauf stehen, behalte ich in aber, so bestimme ich nach seinem Tode 200 bis 300 Franken für das Stück.“ Man erzählte Talma die Geschichte, verweigerte ihm allerdings, daß der Spieler seinen Tod so bald erwartete. Talma wünschte die Rückgabe der Wecheln, konnte diese aber nicht eher erlangen, als bis er jemand an den Gläubiger geschrieben hatte. Diese eigenhändigen Briefe verursachten den Spekulant, der wirklich nach dem Tode des Künstlers die sechs Briefe an Lord Clarke für den vielfachen Wert der Wecheln verkaufte.

„Andere Infanterie“, „Arbeitsdienst“, „Eignungsprüfung für den Dienst bei der Luftwaffe“. Die letzte Abteilung: „Sport, Medizin, Hygiene und verwandte Gebiete“ bringt vier Filme, nämlich „Kampf unter Wasser“, „Kinderspiele“, „Trauungsopfer“, und „Etwas vom Menschen“.

* Das zweite Internationale Zeitgenössische Musikfest in Baden-Baden vom 18. bis 21. März bringt drei große Orchesterkonzerte, Kammermusik und einen Ballettabend und steht unter der Leitung von Generalmusikdirektor Herbert Albert, dem Begründer dieses Festes, das einen Querschnitt durch das neueste Schaffen geben soll. Es handelt sich um eine internationale Veranstaltung mit betont nationalen Tendenzen. Herbert Albert wird diese Musik der Nationen in zehn Aufführungen und in einer Reihe von Einführungen in Deutschland zur Diskussion stellen. Von deutschen Komponisten sind vertreten: Hugo Distler, Helmut Regen, Wolfgang Fortner, Wilhelm Maler, Karl Schäfer, Reinick, Max Trapp, Gerhard Frommel und Hermann Reutter. Werte folgender ausländischer Komponisten gelangen zur Aufführung: Arthur Bliss (England), Fritz Klingen (Holland), Malgiro und Casella (Italien), Kurt Atterberg (Schweden) und Eugen Jodor und Bela Bartok (Ungarn).

* Die Salzburger Festspiele dieses Jahres finden vom 24. Juli bis 1. August statt. Arturo Toscanini dirigiert „Aida“, die Wieneringer von „Wienberg“ und Verdis „Aida“, Hans Knappertsbusch übernimmt die Leitung des „Kaiserkaisers“ und der „Elektra“ und außerdem sechs Sinfoniekonzerte. Neu eingeführt wird „Die Zauberflöte“. Das Programm wird ergänzt durch Domkonzerte unter der Leitung von Josef Kneiser und durch die Mozart-Serenaden unter Baumgartner und Mayreder.

* Ein historisches Institut des italienischen Theaters. Auf Anregung der italienischen Gesellschaft der Schriftsteller und Verleger wird demnach an die Gründung eines historischen Instituts des italienischen Theaters gegangen werden. Dieses Institut stellt sich die Aufgabe, Studien über das Volkstheater zu fördern, die Veröffentlichung bisher nicht bekannter aber letzten Wert aus die geistlichen Spiele des Mittelalters und einzelner Stücke der Commedia del Arte zu veranlassen und die Aufführung alter oder moderner Stücke zu fördern, die ungeschickterweise weise vergessen worden sind, Kurse und Vortragsreisen zu veranstalten. Man beschäftigt auch, eine italienische Revue des Dramas herauszugeben.

* Die Ebernburg als jordanische Kanarischschule. Die Ebernburg, bekannt als die Geburtsstätte Franz von Sickingens, ist von der Landesbauernschaft gepachtet worden. Der bäuerliche Nachwuchs wird dort künftig seine landespolitische Fortbildung erfahren. In ihrer äußeren Gestalt

